

Datum: 24. Juli 2009

Auflage: ca. 128.000



Ohne Krampf
Schwimmstar Britta Steffen über ihre neue Leichtigkeit | Seite 26

WWW.FTD.DE/AGENDA

AGENDA

Ohne Führung
Trotz schwacher Leistung steht die deutsche U21 im EM-Halbfinale | Seite 27



23

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

KOMMENTAR | REPORTAGE | HINTERGRUND

MITTWOCH, 24. JUNI 2009



Dieses war der erste Scheich. Und der letzte auch zugleich!

Scheichwerbung

VON CLAUDS HECKING, HAMBURG, UND PETER EHRICH, BERLIN

Das Tagesgespräch von Abu Dhabi's Herrscherfamilie Al Nahjan lässt sich mit einer simplen Faustformel schätzen: aktueller Rohölpreis mal zwei Millionen. So viele Fässer Öl exportiert das kleine Emirat tag für Tag in die weite Welt. Zieht man ein paar Millionen für Förderkosten ab, dürften die Al Nahjan am heutigen Mittwoch etwa 120 Mio. \$ verdienen. Und Abu Dhabi's Ölförderung reichen noch mindestens 100 Jahre.

Auch deutsche Spitzenpolitiker scheinen die Rechnung zu kennen. Denn seit einigen Wochen geben sie sich in Abu Dhabi die Klinke in die Hand. Die Ministerpräsidenten Kurt Beck und Roland Koch oder Bundeswirtschaftsminister Karl Theodor zu Guttenberg – sie alle gingen auf Roadshow in die Wüste, um ein Retzeldollar für Klammendeutsche Konzerne aufzutreiben. Und Jürgen Rüttgers probierte bei einem Abendessen an der Ruhr, mithilfe von Majes in Hausfrauenrolle einem Mitglied der königlichen Familie das Thema Opel schmackhaft zu machen.

Wie haben sich die Zeiten geändert. Noch vor wenigen Monaten warnte Rüttgers, dass Staatsfonds „deutsche Unternehmen ausweichen könnten, um an das Know-how, die Markenrechte und das gestiegte Eigentum zu kommen“. Koch verkündete vor zwei Jahren, Deutschland müsse „sehr aufpassen, dass es nicht von anderen Staaten aufgekauft wird“. Und Beck war als SPD-Parteichef maßgeblich am neuen Außenwirtschaftsgesetz beteiligt. Seit einigen Wochen darf die Bundesregierung jede mindestens 25-prozentige Beteiligung eines Nicht-EU-Investors bei einem deutschen Unternehmen blockieren.

Doch blockieren wollen die Berliner Spitzen in diesen Krisenmonaten gar nichts mehr. Ihnen ist gerade jeder Investor willkommen – egal, ob er aus dem Orient kommt, aus Russland oder dem Fernen Osten. „Die Wahrnehmung der Staatsfonds hat sich gedreht“, sagt Steffen Kern, Investmentexperte der Deutschen Bank. „Früher waren sie für viele Politiker Staats-Huschrecken, jetzt werden sie als Ritter in der Not wahrgenommen.“ Es gibt heute nur noch Geldgeber, keine guten oder bösen Geldgeber mehr.

2007 ist das noch ganz anders. Da brannten die Weltwirtschaft, die Märkte schienen stabil, billiges Kapital ist im Überfluss vorhanden. Und doch herrscht bei etlichen Politikern Panik. Panik vor den Staatsfonds, den unbekannt, undurchsichtigen Mächten aus dem Orient.

Der frühere US-Finanzminister Larry Summers warnt vor einer „grenzüberschreitenden Nationalisierung“ westlicher Konzerne durch „fremde Staaten“. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy erstellte Listen von Branchen, die er gegen ausländische Investoren abschotten will. Höhepunkt des Ost-West-Konflikts ist 2006 die Übernahme von sechs amerikanischen Firmen durch den Staatskonzern Dubai Ports World. Der New Yorker Senator Charles Schumer verbreitert, nun könne das Land von Terroristen überschwemmt werden: führende Kongressabgeordnete formulieren eine Abwehrfront gegen die Araber. Abgesprochen stößt Dubai die Hüfen wieder ab.

Auch deutsche Volksvertreter entdecken das hochemotionale Thema – allen voran der wahlkämpfende Roland Koch. „Wir müssen gerade als Deutsche aufpassen, dass wir nicht von den neuen mächtigen Mitspielern als naive Trottel betrachtet werden“, mahnt der Hesse im Juni. „Deren Regierungen interessiert (...) der Wettbewerb ihrer Volkswirtschaft gegenüber der deutschen.“ Schnell findet er prominente Mitstreiter: Franz Müntefering, Peer Steinbrück, Wilker Kander – alle machen Stimmung gegen den vermeintlichen Ankauf des Landes an „etliche autoritäre Regime“ (Müntefering). Im August beschließen die Großkoalitionäre die Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes.

Ende 2007 krypt die Stimmung an den Märkten – und gegenüber den Staatsfonds. Als die US-Immobilienblase platzt und mit ihr das Geschäftsmodell manch westlicher Bank, erweisen sich die vermeintlichen Araber und Ostasiaten als Retter. Mit Kapitalspritzen helfen sie Instituten wie der UBS, der Citigroup oder Morgan Stanley erst einmal aus der Patsche. Selbst als die Notierungen weiter in den Keller rutschen, lassen die Geldgeber die Institute nicht fallen. „Dieses Verhalten war für viele Entscheidungsträger im Westen ein Beleg, dass die Staatsfonds wirklich einen langfristigen Anlagehorizont haben“, sagt Deutsche-Bank-Experte Kern. Außerdem können viele Entscheidungsträger plötzlich Kapitalgeber gebrauchen.

Doch nun sind die Investoren misstrauisch. Gerade die harschen Worte der Deutschen haben viele irritiert – vor allem in der Golfregion, wo die Medien wochenlang über die Berliner Abschottungsversuche berichtet haben. Eine Zeit lang hatte man hier den Eindruck, Deutschland sei der Vorreiter in Sachen Protektionismus“, erntet sich Eckart Woertz, Chefökonom des Gulf Research Center aus Dubai. „Viele Investoren hier nahmen diese Diskussionen persönlich.“

Peer Steinbrück bekommt das zu spüren. Als der Finanzminister im Frühsommer 2008 mit einer Wirtschaftsdelegation in die Golfregion tourt, trifft er auf vergrätzte Geldgeber. „Wir waren doch immer die guten Jungs“, wirft Bader Al Saad, der Chef des kuwaitischen Staatsfonds KIA, Steinbrück vor. Seit 1974 sind die Kuwaitis treue Großaktionäre von Daimler, haben alle Höhen und Tiefen mitgemacht. „Die Investoren hier fühlen sich verletzt“, muss Steinbrück einräumen. „Sie meinen, dass wir mit dem Gesetz ein Misstrauen zum Ausdruck bringen, das sie nicht verdient haben.“ Die Kuwaitis geben dem Minister zu verstehen, eine Investition könne künftige Investitionen in Deutschland gefährden.

Die Lawine lässt sich nicht mehr aufhalten. Nach einigen kleinen Abmilderungen beschließt der Bundestag im Februar dieses Jahres die Novelle.

Seit zwei Monaten ist das neue Gesetz nun in Kraft: doch zur Anwendung ist es bisher nicht gekommen. In diesen Zeiten wagen die Politiker nicht, ein Veto zu denken. Im Gegenteil: Als die halbstaatliche russische Sberbank Ende Mai gemeinsam mit Magna bei Opel einsteigt, schenkt ausgerechnet das vorland Koch regierte Hessen dem Konsortium zur Starthilfe eine Bürgschaft über 447 Mio. €. Der einstige Scharfmacher gibt sich plötzlich

Jahrelang haben deutsche Politiker die Staatsfonds aus Arabien und dem Fernen Osten verteufelt und mit Gesetzen ausgebrems. Nun werden die Investoren aus dem Morgenland hofiert – doch sie sind misstrauisch

Unbekannte Giganten

Abu Dhabi Investment Authority Verwaltetes Vermögen: 850 Mrd. \$. Kaufte Ende 2007 für 75 Mrd. \$ 4,9 Prozent der Citigroup und übernahm wenig später das New Yorker Chrysler Building.

Government of Singapore Investment Corporation/ Temasek Verwaltetes Vermögen: 350 Mrd. \$. Die beiden Fonds kauften sich 2007/08 bei Finanzhäusern wie der UBS, Merrill Lynch oder der Bank of America ein.

Statens pensjonsfond – Utland Verwaltetes Vermögen: 325 Mrd. \$. Der norwegische Staatsfonds, der größte der westlichen Hemisphäre, hält unter anderem Beteiligungen an Shell, Nestlé und Vodafone.

Kuwait Investment Authority Verwaltetes Vermögen: 220 Mrd. \$. Ist schon seit 1974 Großaktionär bei Daimler, neuerdings auch bei der Citigroup und Merrill Lynch.

China Investment Corporation Verwaltetes Vermögen: 200 Mrd. \$. Ist seit 2007 bei Blackstone und Morgan Stanley beteiligt. Steht vor einem großen Deal in Australien.

Qatar Investment Authority Verwaltetes Vermögen: 60 Mrd. \$. Erwirbt, bis zu 30 Prozent von Porsche zu übernehmen. Der Endgänger in Katar fällt die Kassen.

Mubadala Verwaltetes Vermögen: 15 Mrd. \$. Abu Dhabi's zweitgrößter Fonds investiert in High-Techfirmen wie Ferrari oder den Flugzeugbauer Piaggio Aero.

International Petroleum Investment Company Verwaltetes Vermögen: 12 Mrd. \$. Beteiligte sich in den vergangenen Monaten mit Milliarden bei Daimler und Barclays.

lich als Pragmatiker: „Wenn der Einstieg der Russen dem Interesse Opels dienen kann“, sagt Koch, „dann sind sie herzlich willkommen.“

Anderer Befürworter von damals halten schärfere Bestimmungen plötzlich für überflüssig. „Die vorher geltenden Regelungen hätten ausgereicht“, gibt Otto Bernhardt zu, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Inzwischen sei klar, dass die Staatsfonds vor allem finanzielle Interessen hätten und nicht strategische Belange ihrer Länder verfolgen, sagt Bernhardt. Im Nachhinein sei es ein „Fehler“ gewesen, bei der Dresdner Bank eine deutsche Lösung bevorzugt zu haben, statt einem interessierten chinesischen Investor eine Chance zu geben. Und ein Sprecher von SPD-Chef Müntefering behauptet, man habe nie ausländische Anleger verprellen wollen.

Genau das droht nun zu geschehen. „Das Gesetz ist ein zusätzliches bürokratisches Hemmnis für Investitionen in Deutschland“, ärgert sich Werner Schnappauf, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie. So kann die Regierung nun vor dem geplanten Einstieg von Katar mit 25 Prozent bei Porsche einen Monat lang den neuen Geldgeber überprüfen, ehe sie den Deal genehmigt. Und ihr Veto einlegen, sofern sie die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gefährdet sieht. Ein Standardrecht für Deutschland, meint Schnappauf. „Man sollte ausländische Investoren motivieren und nicht abschrecken.“

Schließlich bieten sich den Staatsfonds zurzeit allerorts attraktive Kaufgelegenheiten. „Die Investoren hier haben eine große Auswahl, wem in der Welt sie ihr Geld geben“, sagt Verena Risse, Director Dubai des Finanzierungsspezialisten Fox Corporate Finance. „Diese Irritationen können eine Gefahr für Engagements in Deutschland sein.“ Gerade jetzt müssen viele Fonds in ihrer Heimat jede Investition in der Öffentlichkeit rechtfertigen nach den herben Verlusten der vergangenen Jahre. Das Aktienpaket der kuwaitischen KIA an der Citigroup hat beispielsweise innerhalb von 18 Monaten gut vier Fünftel an Wert eingebüßt. Das hat auch Auswirkungen auf die eigene Geschäftspolitik. „Staatsfonds sind nicht mehr die bequemen Investoren, die keine Fragen stellen“, sagt Deutsche Bank-Experte Kern.

Und gefallen lassen sie sich auch nichts mehr. Dies bewies jüngst Mansur Al Nahjan, der Chef des neuen Daimler-Großaktionärs IPIC aus Abu Dhabi. Als er im vergangenen Oktober zu Sonderbedingungen 16 Prozent der britischen Barclays-Bank erwarb, wurde er monatelang angefeindet. Anfang Juni hatte der Scheich genug und verkaufte das Gros seiner Anteile kurzherab wieder – mit einem Profit von 2,4 Mrd. \$. Barclays hat den Kurssturz bis heute nicht wieder wettgemacht.

Der Coup brachte Mansur in die Schlagzeilen der Weltpresse. Innerhalb seiner eigenen Dynastie dürfte sich die Beurteilung in Grenzen gehalten haben. Um 2,4 Mrd. \$ zu verdienen, braucht die Familie Al Nahjan mit ihrem Öl keine drei Wochen.

MITABEREIT: CLAUDIA KADE, TIMO PACHE

WWW.FTD.DE/STAATSFONDS
Deutschland sucht nach Investoren

